

» Im Interview. Adrian Hasler Liechtensteins Regierungschef

„Wir sind nicht primär ein Finanzplatz“

Liechtensteins Regierungschef Adrian Hasler spricht über die Auswirkungen der Weißgeldstrategie und verrät, wie man für die Industrie ein attraktiver Standort bleibt.

WirtschaftsBlatt: Sie trafen in Wien unter anderem Vizekanzler Michael Spindelegger. Wird dabei auch das Steuerabkommen zwischen Österreich und Liechtenstein ein Thema?

Adrian Hasler: Es wurde unter anderem auch über das aktuelle Abgeltungssteuerabkommen zwischen Österreich und Liechtenstein und die Position Liechtensteins zum automatischen Informationsaustausch gesprochen.

Dass sich Liechtenstein der Weißgeldstrategie verschrieben hat hat negative Auswirkungen auf die Einnahmen. Bereut man die Entscheidung manchmal?

Es ist richtig, dass die Einnahmenseite im Staatshaushalt teilweise eingebrochen ist. Das ist aber nicht primär auf den Finanzplatz zurückzuführen, da gibt es etliche andere Faktoren. Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise ist auch an Liechtenstein nicht spurlos vorübergegangen. Die Frankenstärke kommt verschärfend hinzu und wir haben verschiedene Steuerarten abgeschafft wie die Schenkungs-, Erbschafts- und Couponsteuer. All diese Faktoren haben zusammen mit der Transformation am Finanzplatz dazu geführt, dass die Einnahmenseite eingebrochen ist. Die betreuten Kundenvermögen bewegen sich indes in den letzten Jahren auf einem konstanten Niveau von rund 120 Milliarden Schweizer Franken, aktuell verzeichnen unsere Banken auch wieder zahlreiche Neugeldzuflüsse.

Liechtenstein will in der Gestaltung des automatischen Informationsaustausches eine aktive Rolle spielen. Was sind die wichtigsten Anliegen?

Wir haben uns bewusst für eine aktive Positionierung entschieden. Diese gibt uns den notwendigen Handlungsspielraum und schafft Planungs- und Rechtssicherheit. Wir haben auch angeboten, mitzugestalten und uns aktiv einzubringen. Wichtig ist uns ein internationaler Standard, der auf klaren Regeln, Berechenbarkeit und Gleichbehandlung aufbaut. Mit der Unterstützung der G5-Initiative haben wir nochmals bekräftigt, dass die Regierungserklärung mehr als ein Lippenbekenntnis ist.

Wie ernst genommen wird man als kleines Land?



Peroutka® (4)



Regierungschef Adrian Hasler rechnet im Finanzsektor mit einer Konsolidierungsbewegung

Die bisherigen Gespräche haben gezeigt, dass das Interesse der G5-Staaten an einer Mitarbeit Liechtensteins vorhanden ist. Wir haben eine starke Unterstützung seitens Großbritanniens erhalten. Auch als Kleinstaat hat man durchaus die Möglichkeit, seinen Beitrag zu leisten.

Früher hatte Liechtenstein das Bankgeheimnis als Wettbewerbsvorteil. Womit kann das Land jetzt punkten?

» Liechtenstein hat eine wirtschaftsliberale Haltung. Es war immer das Ziel, für Unternehmen möglichst viel Freiraum zu schaffen

Liechtenstein hat ein sehr hohes Knowhow in der Vermögensverwaltung und der Vermögensstrukturierung. Ich bin überzeugt, dass das internationale Beziehungsnetz, über das unsere Treuhänder verfügen, dazu dienen kann, Neugeschäft zu generieren. Zudem bietet Liechtenstein als Wirtschaftsstandort attraktive Rahmenbedingungen: Bei uns herrschen stabile politische und wirtschaftliche Verhältnisse, wir verfügen mit dem Schweizer Franken über eine starke Währung, haben ein AAA Rating. Ich möchte noch anmerken, dass Liechtenstein nicht primär ein Finanzplatz ist; rund 40 Prozent

der Beschäftigten arbeiten in der Industrie.

Welche Vorteile bietet Liechtenstein, dass so ein hoher Industrieanteil besteht?

Liechtenstein hat eine sehr wirtschaftsliberale Haltung. Bei uns gibt es etliche Familienunternehmen, die klein angefangen haben und heute mit den Besten der Welt in Konkurrenz stehen. Unsere Wirtschaft ist breit diversifiziert. So kommt in Liechtenstein ein tätiges Unternehmen auf neun Einwohner. In Liechtenstein haben wir gleich viele Arbeitsplätze wie Einwohner. Es war immer das Ziel der Politik, für die Unternehmen möglichst viel Freiraum zu schaffen. Unsere Steuern sind ebenfalls vergleichsweise niedrig. Das zeigt, dass die Rahmenbedingungen attraktiv sind. Natürlich sind auch wir zunehmend mit neuen EU-Richtlinien konfrontiert. Dies stellt insbesondere für die Kleinunternehmen zunehmend eine Herausforderung dar.

Niedrige Steuersätze muss sich ein Land leisten können.

Es kommt darauf an, wie das ganze System ausgestaltet ist. Man muss sich grundsätzlich fragen: Wie viel muss der Staat für die Bürger leisten und wie viel soll er leisten. Die Eigenverantwortlichkeit der Bürger ist für mich ein zentrales Thema. Die Liechtensteiner sind Menschen, die bereit sind, sich einzusetzen, zu arbeiten und selbst Verantwortung zu übernehmen.

Hoffen Sie auf weitere Zuwanderung ausländischer Unternehmen?

Wenn wir Unternehmen mit einer hohen Wertschöpfung und mit qualifizierten Arbeitsplätzen nach Liechtenstein bekommen, dann ist das interessant. Wir sind aber nicht der Industriestandort, der niedrig qualifizierte Arbeitsplätze anbieten kann, dafür sind bei uns die Lohn- und Lebenshaltungskosten zu hoch. Wir verfügen auch nicht über die entsprechenden Grundstücksreserven für große Industriebetriebe. Unser Ziel ist, die Wirtschaft weiter zu diversifizieren, auch als Ergänzung und teilweise Ersatz für den Finanzdienstleistungssektor.

Sie rechnen also doch mit einer Konsolidierung?

In Teilbereichen wird es zu einer Konsolidierung kommen. Die zunehmende Regulierungsdichte trifft gerade den Finanzbereich, und kleine Unternehmen sind fast nicht mehr in der Lage, diese Anforderungen zu erfüllen. Es wird unvermeidlich sein, dass es zu Konzentrationsbewegungen kommt.

Wo sind die Nachteile bei weiteren Firmenzuwanderungen?

Die Frage ist, was ein zusätzlicher Arbeitsplatz für einen Kleinstaat wie Liechtenstein bringt. Wir müssen die Infrastruktur ausbauen, es gibt staatliche Unterstützungsleistungen und bei der niedrigen Steuerbelastung können Sie sich ausrechnen, dass die Rechnung für den Staat nur aufgeht, wenn die Fachkräfte über ein gewisses Einkommen verfügen.

Das Interview führte
EVA KOMAREK

eva.komarek@wirtschaftsblatt.at

ZUR PERSON

Adrian Hasler
Regierungschef von Liechtenstein

■ Hasler ist seit März 2013 Regierungschef. Davor war er Polizeichef des Landes. Bis 2004 war er stellvertretender Direktor bei der Verwaltungs- und Privat-Bank in Vaduz.

EU-KLIMAPOLITIK

Brüssel stützt die Preise für CO₂-Zertifikate

BRÜSSEL. Das EU-Emissionshandelssystem ETS soll künftig besser funktionieren. Dafür sollen ab 2021 in der Regel jedes Jahr zwölf Prozent der CO₂-Zertifikate, die sich im Umlauf befinden, aus dem Markt genommen und in eine „Stabilitätsreserve“ transferiert werden. Damit würden nach Brüsseler Lesart die Zertifikatepreise gestützt, die heute wegen des massiven Überangebots oder mehr kursieren.

Sollte die Zahl der verfügbaren Emissionsrechte unter einen gewissen Schwellenwert fallen, würden Zertifikate aus der Stabilitätsreserve in den Markt zurückfließen. Das geht aus einem internen Papier der EU-Kommission hervor, das dem WirtschaftsBlatt vorliegt.

Neue Klimastrategie

Der Vorschlag zur Reform des ETS ist ein Element des großen EU-Klima- und Energiepakets, das Klimaschutzkommissarin Connie Hedegaard und Energiekommissar Günther Oettinger am Mittwoch präsentieren.

Damit soll die Klima-schutzstrategie für die Zeit nach 2020 vorgezeichnet werden. Wie berichtet, ist bis 2030 nur noch ein verpflichtendes Ziel zur CO₂-Reduktion geplant. Für Erneuerbare Energien soll es nur einen unverbindlichen Richtwert geben, eine Vorgabe für Energieeffizienz fehlt vorläufig.

Wegen Unstimmigkeiten innerhalb der Kommission

sind die konkreten Zahlen immer noch offen.

Hedegaard und Kommissionspräsident José Manuel Barroso wollen bis zum Jahr 2030 um 40 Prozent weniger CO₂ als 1990, Oettinger besteht offenbar auf 35 Prozent.

Die Empfehlung für Erneuerbare dürfte zwischen 24 und 27 Prozent bis 2030 liegen. Zum Vergleich: Bis 2020 sind 20 Prozent weniger CO₂ als 1990, 20 Prozent Erneuerbare und 20 Prozent weniger Energieverbrauch vorgeschrieben.

Heute, Montag, versuchen die Kabinettschefs der Kommissare noch einmal die Wogen zu glätten. Die finale Entscheidung fällt aber diesmal angeblich wirklich erst bei der Sitzung der EU-Kommission am Mittwoch.

Reparatur des ETS

Die Reparatur des ETS ist deshalb wichtig, weil die niedrigen Zertifikatepreise für die Industrie derzeit kein Anreiz mehr sind, langfristige Investitionen zur CO₂-Reduktion zu tätigen. Hedegaard und Oettinger sind erst unlängst beschlossen haben, vorläufig 900 Millionen Emissionsrechte aus dem Markt zu nehmen und sie ab 2016 stufenweise wieder zurückzuführen, dürfte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Preise haben. Die Industrie hat dieses „Backloading“ als willkürlichen Eingriff in ein bestehendes System abgelehnt. Schließlich sei das aktuell gültige Ziel von 20 Prozent weniger CO₂ bis 2020 schon heute fast erreicht. (wot)



Der deutsche EU-Energie-Kommissar Günther Oettinger bremsst bei Klimaziel

BUSINESSCORNER

Dienstleistungen

Mietstapler

T: +43/3334/2239
www.stapler.net



Bäckerei in NÖ wegen Pensionierung zu verkaufen.

Filialen, Kundenstock, große Wohnung vorhanden.

0664/922 46 32

Firmenadresse: F. R. Hirschvogel e. U.
2211 Pillichsdorf, Hauptstraße 4